

Ottendorfer Zeitung.

Lokalzeitung

für die Ortschaften Ottendorf-Okrilla mit Moritzdorf und Umgegend.

Die „Ottendorfer Zeitung“
erscheint Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend abends.
Bezugspreis vierteljährlich
1 Mark.
Durch die Post bezogen
1,20 Mark.

Mit wöchentlich erscheinender Sonntagsbeilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“, sowie der abwechselnd erscheinenden Beilagen „Handel und Wandel“, „Feld und Garten“, „Spiel und Sport“ und „Deutsche Mode.“

Annahme von Inseraten
bis vormittag 10 Uhr.
Inserate werden mit 10 P
für die Spaltzeile berechnet.
Tabellarischer Satz nach
besonderem Tarif

Druck und Verlag von Hermann Kühle in Groß-Okrilla.

für die Redaktion verantwortlich Hermann Kühle in Groß-Okrilla

No. 25.

Mittwoch, den 26. Februar 1908.

7. Jahrgang.

Verliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 26. Februar 1908

—* Aus dem Bericht der Finanzdeputation A über Art. 47 des ordentlichen Etats für 1908/09, Genbarmeriesoll, ist hervorzuheben, daß das Genbarmeriepersonal künftig mit Mehrlospistolen ausgerüstet werden soll, wofür 7500 M. gefordert werden. Die Deputation beantragt, diesen Titel, wie überhaupt die ganzen Einnahmen aus Ausgaben bei diesem Kapital nach der Vorlage zu bewilligen. Die Mehrlospistole wird, wie die Regierung erklärt hat, in der Hauptsache allein, also ohne Übergewehr, zu führen sein bei allen Dienstverrichtungen in Zivilkleidung, bei der Vornahme von Durchsuchungen und Beschlagnahmen, sowie bei allen anderen Dienstverrichtungen, bei denen das Gewehr im Wege ist. Einer Anregung, ob das Gewehr nicht ganz und gar abzuwickeln sei, und dafür die Gewehre lediglich mit Mehrlospistolen zu bewaffnen seien, plaudt die Regierung nicht entsprechen zu können. Sie hat darauf hingewiesen, daß das Übergewehr bei der Landgenbarmerie niemals entbehrt werden könne. Es sei insbesondere unentbehrlich bei Streifungen, bei der Begleitung und Verfolgung von Jägerbänden, bei Fahndungen auf Wild, die bei politischen Unruhen usw., kurz überall da, wo es gelte, Respekt einzuführen und wo mit der Abgabe von Schüssen auf größere Entfernungen oder mit der Abgabe von Schrotwaffen schließt auch die Abgabe von Schrotwaffen aus, die zum Beispiel beim Aufsuchen von tollwütigen Hunden angebracht seien. Außerdem sei nicht außer acht zu lassen, daß das Gewehr auch für den einzelnen Gendarmen, wenn er umringt oder bedrängt werde, immer die Waffe sei, mit der er sich am leichtesten und schnellsten wieder Luft schaffen könne, während ihm die kurze Schrotwaffe leicht entzogen werden könne. Nach Kenntnisnahme von dieser Mitteilung pflichtete die Deputation einstimmig der Ansicht der Regierung bei und empfiehlt, die Forderung zu bewilligen.

Königsbrück. Am Montagischen Viehmarkt betrug der Auftrieb 53 Rinder, 4 Käufer Schweine und 144 Ferkel. Rinder wurden das Stück mit 300—350 M., Käufer Schweine das Stück mit 36—40 M., und Ferkel das Paar mit 30—40 M. bezahlt.

Bohra. Die hiesige zirka 860 Acker umfassende Jagdgenossenschaft wurde am Sonnabend nachmittags auf weitere 6 Jahre, vom 1. September 1908 bis 31. August 1914, an Herrn Fleischermeister Karl Borzich in Königsbrück für jährlich 1000 M. verpachtet. Bewerber waren 6 erschienen, davon erhielten von 148 abgegebenen Stimmen Herr Borzich Königsbrück 74, Herr Richard Linke-Dresden 51, Herr Hugo Walther-Moritzdorf 9, Herr Robert Martner-Dresden 6, Herr Padermeister Reinhardt-Schmorlau 2 und Herr Schönberg-Dresden 1 Stimme. Das Höchstgebot betrug 1200 M., abgegeben von Herrn Walther-Moritzdorf, das niedrigste Gebot von 850 M. gab Herr Martner-Dresden ab. Wahlberechtigte Stimmen sind in Bohra 158 vorhanden.

Rauhen. Im Zuchthaus gebracht haben Gely und Sabuch den 54 Jahre alten Schleifer Ernst Heinrich Wätzig aus Großschönau. Eine Fälschung bei ihm wegen 79,55 M. Gerichtskosten war erfolglos, in Wirklichkeit war er ziemlich reich. Am 27. August v. J. hat er den ihm auferlegten Offenbarungseid wesentlich falsch geleistet. Über einigen Kleidungsstücken hatte er nur ein Bargeld von 9,56 M. aufgeführt, das beim Schloßer Jeller und einem Schreiber Rögler untergebracht wurde im Betrag von

zirka 18000 M. hatte er absichtlich im Vermögensverzeichnis weggelassen. Jeller und Rögler hatten das Geld im Walde bei in dem ausgehöhlten Beine einer Fußbank versteckt. 8000 M. fehlen heute noch, sie sollen im Walde gestohlen worden sein. Jeller und Rögler befinden sich in Untersuchungshaft, während Wätzig vom hiesigen Schwurgericht wegen wissentlichen Meineids zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

— Eine nette Submissionsblüte zeitigte die Vergebung der Fenster beim hiesigen Kolonnenneubau. Die eingegangenen 17 Angebote schwankten zwischen 13144 M. und 24463,88 M. Die Differenz beträgt somit nahezu 12000 M. Dresden. Für die im Laufe der Jahre immer mehr angewachsene Elbschiffahrt macht sich seit einiger Zeit das Fehlen eines Winter- und Frostschiffens in der Nähe der oberen Landesgrenze immer unangenehmer fühlbar. Diese Tatsache hat einem Konsortium in Schandau Veranlassung, bei der Regierung die Anlage eines neuen Hafens mit Umschlagverlehr bei Bindischhöhe zu erstreben, was aber in Rücksicht auf die Finanzlage Sachsens und infolge des entschiedenen ablehnenden Votums der Generaldirektion der Königl. Sächs. Staats-eisenbahnen zurzeit keine Aussicht auf Erfolg hat. Interessant ist nun die jetzt auftauchende Nachricht, daß sich das Königl. Finanzministerium für das Projekt eines Winterhafens ohne Umschlagverlehr oberhalb Königstein interessiert. Es befindet sich dort bereits ein natürlicher Hafen, der nur der Aufschüttung, Vertiefung und Verlängerung bedarf, um für 80 bis 100 Elbschiffe eine Zuflucht bieten zu können.

— Die Frist zur Bewerbung um den zweiten Bürgermeister- und Stadtratposten ist abgelaufen. Die Wahl ist nahe bevorstehend. Um die zweite Bürgermeisterstelle, die mit 18000 M. dotiert ist, haben sich 19 Bewerber gemeldet. Darunter sind alle zehn besoldeten Stadträte Dresdens mit einem gemeinschaftlichen Gesuche, um zu erreichen, daß einer aus ihrem Kreise auf diesen Posten kommt. Für den Stadtratposten haben sich 44 Bewerber gemeldet, darunter neun Bürgermeister von kleineren und kleineren sächsischen Städten, 14 höhere Staats- und Gemeindebeamte aus allen Gegenden Deutschlands. Die übrigen Bewerber sind Staats- und Gemeindebeamte in Dresden und Sachsen, darunter auch ein Staatsanwalt.

Raundorf. In Raundorf bei Dresden ist es in letzter Zeit mehrmals vorgekommen, daß Kolporteurs für christliche Schriften sich auf die Empfehlung der Gemeindeverwaltung und weiter darauf bezogen haben, daß ein Teil des Erlöses aus dem Verlaufe ihrer Werke der Gemeinde zu irgend einem guten Zwecke zur Verfügung gestellt werde. Die Gemeindeverwaltung teilt nun mit, daß ihrerseits seit über Jahresfrist derartige Leute nicht mehr unterhalten werden, weil die von ihnen vertriebenen Werke gewöhnlich minderwertigen Inhaltes sind und von zuständigen Stellen nicht empfohlen sind. Die Mitteilungen von Unterhaltungen des Verkaufes der Bücher durch die Gemeindeverwaltung beruhen auf Erfindung.

Leipzig. Der dreißigjährige Schwindler welcher hier und an verschiedenen anderen Orten in Matrosenuniform auftrat und Familien, von denen Angehörige bei der Marine dienen, brandschaltete, ist in der Person eines 19-jährigen wegen Betrugs schon wiederholt verurteilten Weisers ermittelt und verhaftet worden.

Crimmitschau. Aus dem Hof-Leipziger Personenzuge Nr. 209 mußte am Sonnabend nachmittags auf dem Gönzinger Bahnhof ein ausländischer Arbeiter entfernt und der Gönzinger Polizei in Gewahrsam gegeben werden. Während der Fahrt nahm er gegen die Mitfahrenden eine drohende Haltung an. Auf dem Gönzinger Bahnhof betam er dann einen heftigen Tobjuchtsanfall, sodaß ihm die Zwangsjacke angelegt werden mußte.

Delenitz. Die silberne Lebensrettungsmedaille erhielt am Sonnabend der 18-jährige Schulknabe Ebert. Der mutige Junge rettete am 4. Januar einen Schulkameraden, welcher beim Schlittschuhlaufen eingebrochen war, mit eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens.

Blauen i. B. Sonntag abend gegen halb acht Uhr ist auf Station Forbmühle der Weischütz-Geraer Bahn der Bahnarbeiter Stiedel von einem Personenzug überfahren und schwer verletzt worden. Der Bedauernswerte ist seinen schweren Verletzungen bald erlegen.

Markneukirchen. Durch Sturz aus dem Fenster tödlich verunglückt ist am Sonnabend mittags das dreijährige Söhnchen der in der Erbacher Straße eine Erste-Stube bewohnenden Familie Lorenz. Der Kleine hatte auf die Straße herabsehen wollen, ob der Vater von der Arbeit zurückkehrte, dabei verlor er das Gleichgewicht und stürzte kopfüber auf das Trottoir, wo er mit zertrümmerter Hirnschale tot aufgehoben wurde.

Oberweisenenthal. Angeregt durch die Maßregeln, welche die böhmische Nachbarstadt Joachimsthal im Verein mit der österreichischen Staatsregierung getroffen hat, um die Radiumwässer, die sich in dem Joachimsthaler Bergwerken vorfinden, für Wälder nutzbar zu machen, hat der hiesige Bürgermeister Erhebungen eingezogen nach den im Oberweisenenthaler Weichbild befindlichen Erdgängen. Bergwerksbesitzer Müller in Karlsbad, welcher sich für das Jahr 1908 das Schurfrecht im Bergengrunde gesichert hat, hat sein Urteil dahin abgegeben, daß zweifellos die Joachimsthaler Uranergänge bis in die sächsischen Gebirge reichen und beim Abtaufen der Schächte sich radioaktives Wasser finden würde. Das königliche Bergamt Freiberg ist gebeten worden, in dieser Angelegenheit sofort Maßregeln zu ergreifen. Für die Einrichtung radioaktiver Wälder in Oberweisenenthal würde noch sprechen, daß die umfangreichen Moorlager der hiesigen Gegend zu Bodewecken mit ausgenutzt werden könnten.

Aus der Woche.

Als vor zwei Jahren Rußland zum ersten Male auf die Idee kam, eine Bahn quer durch den Balkan von Norden nach Süden zu bauen, da waten die französischen Politiker über diesen Plan entzückt. „Der Kultur eine Gasse“, hieß es allgemein. Die Zeiten haben sich inzwischen geändert. Die Beziehungen, zwischen der Türkei und Rußland sind getrübt worden und die Beziehungen der Türkei mit Oesterreich-Ungarn haben sich zusehends gebessert. Dazu hat wohl in erster Linie beigetragen, daß man in Konstantinopel zu der Erkenntnis gekommen ist, Oesterreich-Ungarn verfolge in seiner Balkanpolitik keine eigennützigen Pläne. So ist es kein Wunder, wenn heute Herr v. Khevenhull ein großzügiges Balkanprogramm entwerfen konnte, in dem nicht die kleinste Rolle die Balkanbahn spielt, die durch Bosnien und die Herzegowina nach Mitrowitza führen soll. Nun erhebt sich im auswärtigen Amt zu Paris großes Geschrei: die deutschen und österreichischen Diplomaten sollen die Balkanmächte angeblich überrumpelt haben. Daß man in London derselben Ansicht ist, ist klar. — Der Kriegsglärm, der wegen dieser Balkanbahnfrage in den letzten Tagen die Welt erfüllte, hat die Augen abgelenkt von den Vorgängen in Portugal. Dennoch aber sind sie nicht minder interessant. König Manuel hat zum erstenmal seit der Trauerfeier für seinen ermordeten Vater das gesamte diplomatische Korps empfangen und bei dieser Gelegenheit der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich das Land beruhigen und daß seinem Volke der Friede wiederkehren möge. So ist eine Frage, ob seine Hoffnung sich erfüllen wird. Die neuesten Nachrichten über den

Stand der Volksbewegung in Portugal lassen erkennen, daß die Republikaner sich eng zusammen geschlossen haben und bereit sind, den Kampf gegen die Monarchie mit allen Mitteln weiter zu führen. Es fragt sich also, ob die Lage durch den Ausfall der Wahlen, die im April stattfinden, gebessert wird. — Auch in Spanien hat die Regierung nach den Ereignissen in Portugal heftiger mit Revolutionären zu kämpfen. Ueber Barcelona und Umgegend ist bekanntlich seit Monaten der Belagerungszustand verhängt, weil die raufstüchtigen Bewohner jener Gegend nicht leben können, ohne ab und zu eine Bombe explodieren zu lassen. Seit der Verkündung des Belagerungszustandes haben die Bombenattentate zwar nicht aufgehört, aber sie konnten doch nicht mehr am hellen Tage an belebten Plätzen und Straßen zur Ausführung gelangen und haben in den meisten Fällen nicht wie früher die Vernichtung von Menschenleben oder großen Sachschaden im Gefolge gehabt. Nichtsdestoweniger verlangen nun die Republikaner im Senat schnelle Aufhebung des Belagerungszustandes. Die Regierung aber lehnt eine solche Aufhebung mit der Begründung ab, daß sie auf Grund der Verfassung nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet sei, alle Maßregeln zum Schutze der Bürger zu treffen. — Im englischen Parlament hat man sich nun geradezu an den Gedanken gewöhnt, daß man auch in den künftigen Etats an eine Abstreichung bei den Marineforderungen nicht denken könne. Wenn auch hier und da ein Redner darauf hinweist, daß England die bei weitem größte Flotte habe und infolgedessen nicht gezwungen sei, überaus eifrig zu rüsten, um sich eine Weltmachtstellung zu sichern, so überwiegen doch die Stimmen, die einen beschleunigten Ausbau der Flotte das Wort reden, und so kommt es, daß der neue Marineetat die beschlossene Summe von nur 600 Millionen fordert. — Auch in Rußland scheint die Flottenfrage nach den ersten Stürmen, die sie wachgerufen hat, eine befriedigende Lösung zu finden. Während es anfangs hieß, daß sich die Mehrheit in der Duma unter allen Umständen gegen die Forderung von 2 1/2 Milliarden für Marinezwecke erklären werde, lassen die neuesten Meldungen erkennen, daß die gemäßigten Mitglieder der Duma wahrscheinlich infolge privater Verhandlungen mit dem Ministerium für die Flottenforderung gewonnen worden sind. Danach wird in 8 bis 10 Jahren Rußland eine stolze Flotte haben, als die Welt in der Tschimafrage verfallen sah. — Die Friedensausichten in Marokko sind noch immer keine günstigen geworden. In der abgelaufenen Woche fanden verschiedene, sehr verlustreiche Gefechte zwischen den kaiserlichen Truppen und den Franzosen statt. Dazu kommt, daß nun auch Abd ul Aziz gegen die Franzosen Stellung nimmt. Er hat durch seinen bisherigen Minister El Torres gegen das Vordringen der französischen Streitkräfte in das Innere Marokkos Einspruch erheben lassen. Wenn man die französischen Operationen genauer betrachtet und sich gegenwärtig hält, daß Frankreich an drei verschiedenen Stellen (in Udschida, Casablanca und Seltat) marokkanisches Gebiet besetzt hat, so muß man sich in der Tat fragen, ob das Scherifenreich noch als ein selbständiger Staat betrachtet werden kann. Die Aussichten auf die Erhaltung der Unabhängigkeit Marokkos werden immer geringer. Genau genommen weiß eigentlich niemand mehr, welchem Zwecke das endlose Blutvergießen in Nordafrika frommen soll. Frankreich wollte eine Strafexpedition unternehmen und hat im Verfolg dieser Expedition Casablanca bombardiert. Wie aber rechtfertigt dies den Zug durch den ganzen Norden und Nordwesten? Das ist die Frage, über die eine neue Konferenz entgültig entscheiden muß.